

AfD-Fraktion im Mannheimer Gemeinderat



Etatrede Haushalt 2024

Gehalten am 14.11.2023 von
Stadtrat Bernd F. Siegholt
Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Haushaltssituation der Stadt Mannheim sieht aus dem Blickwinkel mancher Betrachter, so z.B. auch dem unseres Oberbürgermeisters, nicht ganz so dramatisch aus wie von manch Anderen befürchtet.

Allerdings erkennt unser Stadtoberhaupt als langjähriger und erfahrener Kämmerer auch ein Gefahrenpotential in zu optimistischen Zahlen. Einer solchen Annahme können wir uns eher anschließen.

Anlass für die Annahme positiverer Zahlen könnten die von der Verwaltung erwarteten ansteigenden hohen Gewerbesteuereinnahmen sein. Diese erhoffte positive Entwicklung wird jedoch von unserer täglich erlebbaren Wirklichkeit und den aktuellen Nachrichten eingetrübt. Große Betriebe sprechen von weiteren Sparmaßnahmen und Arbeitsplatzabbau und viele mittelständige Betriebe melden große Probleme oder gar Insolvenz an. Dies weist eher auf eine Rezession hin als auf ansteigende Umsatz- und Gewinnzahlen.

Ein Blick in unsere Nachbarstadt Ludwigshafen zeigt, wie plötzlich unerwartete Steuerrückzahlungen konkrete Planungen von heute auf morgen zur Makulatur werden lassen:

Rund 170 Millionen Euro haben sich wegen sogenannter Sondereffekte bei der Gewerbesteuer Ludwigshafen aus dem Haben ins Soll der Stadt verwandelt

So könnte die gesetzliche Mindestliquidität, die bei uns ab 2026 nicht mehr erreicht wird, zum Problem werden.

Das muss für die Stadt bedeuten, äußerst sparsam mit dem Geld der Bürger umzugehen und nur die unbedingt notwendigen Projekte umzusetzen.

Keine neuen Schulden

Vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden Konjunktur unterstützt die AfD-Fraktion ausdrücklich den jetzt eingeschlagenen Weg der Stadt Mannheim auf neue Schulden zu verzichten.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist wissen alle, die sich mit den ständigen Forderungen mancher Parteien zum Aussetzen der Schuldenbremse konfrontiert sehen.

Die Versuchung ist groß, bei Haushaltsengpässen den vermeintlich einfachen Weg zu gehen und ins Schuldenmachen auszuweichen, anstatt sparsam zu wirtschaften und auf nicht finanzierbare Prestigeprojekte oder auf diverse ideologisch begründete Vorhaben zu verzichten.

Steuererhöhungen ablehnen

Anstatt froh zu sein, dass Menschen nach Mannheim kommen, um dort Geschäfte zu tätigen oder auch einen Kurzurlaub durchzuführen, schafft man eine **Bettensteuer**. Damit belastet man einen ohnehin durch Corona stark gebeutelten Gewerbebezweig zusätzlich.

Aus diesem und aus grundsätzlichen Erwägungen lehnen wir die Einführung der bereits verabschiedeten Bettensteuer ab.

Haushaltsrisiko Großprojekte

Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage und der riesigen Aufgaben ist der **Neubau der Stadtbibliothek** unverantwortlich. Es ist daher folgerichtig, diesen Neubau aus derzeitigen Vorhabenliste zu streichen.

Unserer Meinung nach sollte auf dieses Prestigeobjekt ohne nachweisbaren Mehrwert gegenüber der jetzigen Bibliothek komplett gestrichen werden.

Überdies hätten wir Alternativen, wie etwa die Anmietung anderer leerstehender Gebäude.

Das **Nationaltheater** wurde in einen Eigenbetrieb umgewandelt. Mit diesem Trick wurden die Kosten im laufenden Haushalt derart verringert, dass dieser durch das Regierungspräsidium genehmigungsfähig wurde.

Auch das **Universitätsklinikum (UKMA)** stellt ein Haushaltsrisiko dar, die finanziellen Folgelasten für die Stadt sind nach wie vor noch nicht abzusehen.

Beim geplanten **Neubau des Stadions** treten wir nach wie vor für eine ergebnisoffene Prüfung ein.

Sollte sich ein Neubau als die wirtschaftlichere Möglichkeit erweisen, ist für uns der Standort neben der SAP-Arena, allein schon wegen der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur der Gegebene. Entscheidendes Kriterium müssen jedoch die Kosten sein.

Die Kosten bei der **Multihalle** laufen leider inzwischen vollkommen aus dem Ruder. Inzwischen ist man bei einer Investitionssumme von 25,5 Millionen Euro angekommen. Und man kann von weiteren Kostensteigerungen ausgehen. Mit der von der Verwaltung veranschlagten Summe, nur für Investitionen in eine ungewisse Zukunft, ist die Schmerzgrenze endgültig überschritten.

Darüber hinaus konnte bis dato kein nachvollziehbares Nutzungskonzept entwickelt werden.

Sanierung von Straßen

Die oben von uns angedachten Einsparungen werden als Haushaltsmittel zur Sanierung von Straßen dringend benötigt, um den Verfall der Straßen- und Wegeinfrastruktur auch in den Vororten aufzuhalten.

Die Lage ist dramatisch: Die Zahl der Schlaglöcher ist gegenüber dem Vorjahr um 68 % angestiegen – eine Folge der jahrzehntelangen chronischen Unterfinanzierung des Straßenbauetats.

Die von der Stadt zusätzlich zur Verfügung gestellten 2 Mio. Euro für die grundhafte Sanierung von Straßen und Wegen auf dann 4 Mio. Euro pro Jahr sind lächerlich niedrig.

Die Fachleute im dafür zuständigen Fachbereich Stadtraumservice fordern völlig zu Recht mehr als doppelt so viel, nämlich die von uns bereits im vergangenen Haushalt eingeforderten 10 Mio. Euro im Jahr, die nach unserer Meinung immer noch eine Untergrenze darstellen.

Ansonsten wird der Verfall der Infrastruktur in Mannheim weitergehen und wir werden uns im nächsten Haushalt über mindestens die doppelte Summe unterhalten müssen.

Riesige Kosten würden auf diese Weise wieder einmal in die Zukunft verschoben.

Verkehrspolitik und Parkplatzsituation.

Nach wie vor verfolgt die jetzige Mehrheit des Gemeinderates aus ideologischen Gründen eine autofeindliche Politik. Beispiel dafür ist das stete verringern der Parkplätze bei den Wohnbereichen. Hier will man die Bewohner zwingen auf die öffentlichen Verkehrsmittel und das Fahrrad umzusteigen.

Auf der Strecke bleiben wieder einmal Rentner, Kranke und Gehbehinderte, die für den Arztbesuch, den eigenen Einkauf und dessen Transport zur Wohnung auf das eigene Fahrzeug sowie einen Abstellplatz zuhause angewiesen sind. Leider scheint, dass der an anderer Stelle immer wieder betonte soziale Aspekt manche Parteien nicht interessiert.

Bus und Bahn werden einerseits oft als unpünktlich, unzuverlässig und unbequem empfunden.

Andererseits sind hohe Investitionen in den Ausbau des ÖNPV nur dann effektiv und nachhaltig, wenn auch für alle Bürger Beförderung zuverlässig läuft. Dies ist nach den Beschwerden der Nutzer zu urteilen leider sehr oft nicht der Fall.

Hinzu kommt das Unsicherheitsgefühl gerade in den Abend- und Nachtstunden, sodass die Menschen, hier besonderes auch die Frauen, die Geborgenheit der „eigenen vier Autowände“ der Nutzung von Bus- und Bahn vorziehen.

Man kann im nach hinein feststellen, dass der ausgeübte mediale und linksgrüne Druck nicht in der Lage waren, die Bürger umzuerziehen. Beste Beispiele dafür stellen Franklin, aber auch das von uns vorhergesagte Scheitern des Verkehrsversuchs in der Innenstadt dar. Hier ist jedoch vom Bürger noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten, um den einen oder anderen Politiker*in zum Umdenken zu bewegen.

In Franklin, wo ganz bewusst von den Planern zu wenig Parkfläche im Straßenraum vorgesehen wurde, müssen preiswerte und vor Allem bezahlbare, wohnungsnahe Parkplätze geschaffen werden.

Gleiches gilt auch für die Stadtteile, wo durch die neue, restriktive Landesgesetzgebung das Gehwegparken stark eingeschränkt wird. Hier muss neuer Parkraum geschaffen werden. Teure und wohnungsferne Quartiersgaragen können hier nicht alleinige Abhilfe sein.

Besondere Aufmerksamkeit müssen wir den dringend notwendigen grundhaften Sanierungen der engen Straßen in den alten Ortskernen wie z.B. .in Sandhofen, Feudenheim oder Neckarau schenken.

Hier besteht die Gefahr, dass durch die neuen Landesregelungen der Verkehrsraum so stark eingeengt wird, dass er, zumindest in manchen Vororten kaum noch möglich sein wird.

Heizungsgesetz und die Wärmeplanung

Ein weiteres Themengebiet, bei dem die Bundesgesetzgebung den Mannheimer Bürgern, Mietern und Eigentümern große finanzielle Lasten aufbürdet, ist das sogenannte Heizungsgesetz und die damit verbundene Wärmeplanung.

Die Empfehlungen der Mitarbeiter der Klimaschutzagentur sind für beratungswillige Bürger oft nicht durchführbar, da sie für diese Menschen meist wirtschaftlich nicht tragbar sind.

Ein größerer Teil des Kleinwohnungs- und Hausbestandes in den Vororten ist im Besitz von Bürgern, die sich ihr Wohnungseigentum in einem langen, entbehrungsreichen Arbeitsleben unter Verzicht auf Urlaub und Anderes erwerben konnten.

Die Grundmotivation war, im Alter versorgt zu sein, mietfrei zu leben oder etwas für ihre Kinder zu hinterlassen. Durch die Rücksichtslosigkeit der Politik und Fehler der Gesetzgebung (Heizungsgesetz, Wärmewende) werden diese Nachhaltigkeitsbemühungen ad absurdum geführt.

Der unsäglich durch Medien verbreiteten Liedtext, Zitat: „Meine Oma ist ´ne alte Umweltsau“ trifft die Falschen. Gerade für diese beschimpfte Generation war das Sparen überlebenswichtig. Nicht umsonst galt früher der Grundsatz „am Samschdaag wädd gebaad!“ Und Kleidung wurde an die jüngeren Geschwister zum Auftragen weitergegeben.

Mit dem Erreichen eines bescheidenen Wohlstandes veränderte sich nach und nach das Verhalten.

Jetzt, wo sich die finanzielle Situation der Menschen ständig verschlechtert, wollen uns manche Führungskräfte der Politik zu einem Lebensstandard der Vergangenheit bringen.

Heute erzählen die Leute, welche sehr oft in ihrem kurzen Leben noch nicht gearbeitet haben, die Bürger sollen öfter den Waschlappen benutzen als zu duschen. Erst wenn diese Empfehlungsgeber älter werden bemerken sie, dass es Menschen mit Arthrose leichter und vor allem schmerzfreier fällt zu duschen als mit einem Waschlappen zum verlängerten Rücken zu kommen.

Kurz gesagt entstehen durch diese neuen Planungen, Verordnungen und Gesetze nicht nur starke Unsicherheiten und Existenzängste in der Bevölkerung, sondern auch gewaltiger Unmut.

Offensichtlich ist, dass der riesige Aufwand und die Kosten in keinem vernünftigen Verhältnis zum gewünschten Ziel der sogenannten Dekarbonisierung stehen.

Ideologische Energiepolitik

Nach der ideologisch motivierten Abschaltung und Demontage der sauberen, CO₂-freien und sicheren Kernkraftwerke, stürzen sich die krampfhaft nach Ersatz-Energieträgern Suchenden auf scheinbare Alternativen. So z.B. auf Sonnen und Windenergie.

Leider sind diese Energieerzeuger unzuverlässig und daher nicht einmal grundlastfähig.

Durch den Einsatz von Wärmepumpen und gar Elektromobilität wird der Strombedarf noch dazu derart erhöht, dass er durch die bisher geplante Stromerzeugung nicht mehr gedeckt werden kann.

Aus diesem Grund bleibt das kohlebetriebene Großkraftwerk Mannheim für die Stromversorgung der Industrie und privaten Haushalte überlebensnotwendig.

Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung

Mannheim leidet seit vielen Jahren unter einer zunehmenden Vermüllung vieler Stadtteile. Bis jetzt konnte keine Besserung der Situation festgestellt werden. Es entsteht sogar der Eindruck, dass sich diese Situation weiter verschlimmert hat.

Die teilweise unerträglichen Zustände rufen mit Recht den Unmut der betroffenen Bürger hervor. Jetzt müssen Alternativen zum bisherigen Handeln geprüft und in Angriff genommen werden.

Ähnlich auch bei der Sicherheitsproblematik. Bürger trauen sich nicht mehr auf die Straße, schon gar nicht nach Anbruch der Dunkelheit. In manchen Stadtgebieten sind nicht einmal Gruppen vor Überfällen sicher. In den letzten Monaten gab es nach Aussage der Verwaltung eine Zunahme der Straftaten bei denen Messer zum Einsatz kamen.

Eine Veränderung zum Positiven kann sicher nicht nur durch Einrichten einer Waffenverbotszone, sondern auch mit Kontrollen und entsprechend harter Bestrafung erreicht werden.

Die Präsenz von sogenannten Bettelbanden im gesamten Stadtgebiet nimmt zu. Hier wäre ein verstärkter Einsatz von Polizei und Ordnungsdienst sehr hilfreich.

Überforderung der Stadt durch Zuwanderung

Zur Zeit das größte Problem, nicht nur in Mannheim, ist die weiterhin ansteigende Zahl der zugewiesenen Asylbewerber.

Obwohl unsere Aufnahmekapazität längst erschöpft ist, werden durch das Land immer weitere Asylsuchende zugeteilt.

Es ist inzwischen selbst in wohlmeinenden Kreisen durchgedrungen, dass es sich hier überwiegend um junge Männer aus anderen Kulturkreisen und einem völlig anderen Frauenbild handelt.

Dazu kommt, dass wegen der größtenteils fehlenden oder unzureichenden Schul- und Berufsausbildung eine Integration in Gesellschaft und Arbeitsleben in der Praxis kaum gelingen kann. Es wundert deshalb nicht, dass, wie aus unserer Nachbarstadt Ludwigshafen, überall gleichlautende Klagen oder Hilferufe zu vernehmen sind.

Frau Oberbürgermeisterin Steinruck spricht völlig zu Recht davon, dass die Kommunen, Zitat: „Die Zeche für eine verfehlte Asylpolitik von Jahrzehnten“ zahlen. Und weiter, Zitat: „Was wir hier machen, kostet deutlich mehr, als das was wir pro Asylbewerber bekommen“!

Diesem Urteil können wir uns nur anschließen.

Eine Folge des Vorgenannten ist die sich verschärfende Wohnungsnot. Die Erfolge Mannheims beim Wohnungsbau sind zunichtegemacht durch die uns aufgezwungene Asylpolitik.

Die sichtbare Überlastung greift auch in viele andere Bereiche ein, wie Kindergarten und Schulbetrieb, Sozialeinrichtungen und Leistungen sowie deren Verwaltungen und Betreuungen.

Der Stadt stehen aus der Asylproblematik noch viele weitere finanzielle Risiken ins Haus, welche noch gar nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Kommunen sich lautstark artikulieren und Bund und Ländern ankündigen, Schluss zu machen mit der Aufnahme weiteren Zuweisungen.

Es kann nicht sein, dass die Bewegungsfreiheit der eigenen Bevölkerung immer weiter eingeschränkt wird und die gesetzlichen Leistungen, wie z.B. Kindergartenplätze, der deutschen Bevölkerung nur eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Dank

Zum Schluss danke ich meinen Stadtratskollegen Jörg Finkler, Dr. Ullrich Lehnert und Rüdiger Ernst für die sehr gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank auch für die Arbeit unserer Geschäftsstelle.

Unser besonderer Dank an dieser Stelle gilt dem Oberbürgermeister und seinen Dezernenten sowie allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die Hilfsbereitschaft und für die sehr freundliche und professionelle Zusammenarbeit!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

